

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verlagsnummer: 25241
Postfachnummer: 25241
Erscheinungstermin: 25241
Verleger: H. W. ...

Verlagsort: Dresden
Verlagsnummer: 25241
Postfachnummer: 25241
Erscheinungstermin: 25241
Verleger: H. W. ...

Verlagsort: Dresden
Verlagsnummer: 25241
Postfachnummer: 25241
Erscheinungstermin: 25241
Verleger: H. W. ...

Vor einer Vertagung der Donauf Konferenz

Bestimmteste Stimmung in London

London, 7. April. In der Nachmittags-Sitzung des Bierauschusses der Viermächte-Donaufkonferenz wurde die folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben: „Der Ausschuss, der von der Viermächtekonferenz am Mittwoch ernannt worden ist, hielt am Vormittag und am Nachmittag Sitzungen im Foreign Office ab und erörterte im einzelnen die hauptsächlichsten Vorschläge, die der Konferenz vorgelegt worden sind. Der Bericht über diese Verhandlungen soll der Vollkonferenz am Freitagvormittag um 10 Uhr vorgelegt werden.“

Das Ergebnis der Verhandlungen

Wurde in einem Protokoll zusammengefasst, das etwa 2% Scherlingmaschinenzeitung lang ist und in etwa fünf Absätze eingeteilt ist. Der Inhalt bewegt sich in allgemeinen Ausdrücken, führt die Punkte auf, in denen die Mächte übereinstimmen, hebt die zutage tretenden Gegensätze hervor und beschäftigt sich mit der weiteren formellen Behandlung der Donaufträge. Es bringt zum Ausdruck, dass grundsätzlich finanzielle Maßnahmen nur dann einen Zweck hätten, wenn gleichzeitig dafür gesorgt werde, dass die unterliegenden Staaten wirtschaftlich auf eigene Füße gestellt würden, damit sie in Zukunft aus eigener Kraft ihren Verpflichtungen nachkommen könnten. — Der Gedanke von Parallelkonferenzen der vier Mächte und der Donaufstaaten, wie er von italienischer Seite als Vermittlung vorgeschlagen wurde, wird in dem Protokoll abgelehnt und erklärt, dass vielmehr ein noch maliger Zusammenritt der Viermächtekonferenz notwendig sei, ehe die Donaufmächte hinzugezogen werden könnten. Die Möglichkeit einer Einbeziehung Bulgariens ist offen gelassen.

Die Konferenz wird voraussichtlich schon am Freitagmorgen zu Ende gehen. Die Gesamtstimmung ist nach wie vor ziemlich pessimistisch.

Finanzminister Rindin wurde von einem Vertreter der Bank Association gefragt, ob die heutigen Verhandlungen befriedigend verlaufen seien. Er erwiderte: „Ich fürchte, nein!“

In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung hat Staatssekretär v. Bülow

die deutsche Auffassung von den zur Erörterung stehenden Problemen ausführlich dargelegt. Nach Informationen aus Delegationskreisen hat er etwa folgendes ausgesprochen: Der französische Vorschlag empfehle die wirtschaftliche Annäherung der fünf Donaufstaaten, was darauf hinauslaufe, dass die vier hilfsbedürftigen Staaten mit einem fünften Staat (der Tschechoslowakei) wirtschaftlich aufeinander abgestimmt werden sollten, der nach den eigenen Erklärungen seines Außenministers sich nicht in einer akuten Notlage befindet und auch als Abnehmermarkt nicht annähernd zur wirtschaftlichen Konsolidierung im Donauraum ausreicht. Nach deutscher Überzeugung wäre

mit einem solchen Plan nichts Wesentliches geholfen.

Auf landwirtschaftlichem Gebiete würde er den Südoskarpaten so gut wie nicht helfen, der Landwirtschaft Österreichs und der Tschechoslowakei aber erheblichen Schaden. Auf industriellen Gebiete freilich würde in

erster Linie die Tschechoslowakei einen sehr starken Impuls erhalten, und zwar auf Kosten der seit Kriegsende aufgebauten Industrien der übrigen Länder des Donauraums und auf Kosten der übrigen industriellen Lieferanten. Die Durchführung des französischen Planes würde gerade der deutschen Wirtschaft schweren Schaden bringen.

Deutschland könne einer Verdrängung seines Industrieexportes im Donauraum zugunsten der Tschechoslowakei nicht so gleichgültig zusehen, wie etwa Frankreich oder England.

Bei dem deutschen Export nach den fünf Staaten handle es sich um etwa 60 Millionen Pfund Sterling oder über 1 Milliarde Reichsmark. Nach deutscher Ansicht sei die deutsche Wirtschaftslage so, dass ein derartiges Opfer der deutschen Industrie und Wirtschaft nicht zugemutet werden könne. Demgegenüber verhalte

Der deutsche Vorschlag

den Kern des Übels zu erfassen. Es handle sich dabei in allen Fällen einzig um die Steigerung der Ausfuhr und die Hebung der Kaufkraft. Die Ausfuhrsteigerung sei aber nur zu erreichen durch die Beseitigung der großen Absatzmärkte und nicht durch gegenseitige Niederlegung der Zollschranken innerhalb kleiner oder abgegrenzter Wirtschaftsgebiete. Auch eine Kombination beider Maßnahmen, wie dies in dem französischen Plan vorgeschlagen sei, nämlich sowohl einseitige Präferenzen der Donaufstaaten unter sich, als auch einseitige Präferenzen der außenstehenden großen Absatzmärkte an die Donaufstaaten, sei nicht durchführbar. Denn für Deutschland würde die Gewährung einseitiger Präferenzen an die Donaufstaaten, wie sie der deutsche Vorschlag vorschreibe, nur dann möglich sein, wenn die deutsche Ausfuhr an die Donaufstaaten nicht durch gegenseitige Präferenzen der Donaufstaaten unter sich erschwert oder unterbunden werde. Eine Unterbindung des deutschen Exportes in die Donaufstaaten hätte

zur notwendigen Folge, daß der deutsche Export in die übrige Welt, insbesondere namentlich in die noch entwicklungsfähigen überseeischen Länder, abgedrängt werde.

Dies aber hätte wiederum die Folge, daß Deutschland seinen Bedarf an Rohstoffen nicht befriedigen könne, welches gerade diese überseeischen Länder liefern können, von dort beschaffen müßte. Der deutsche Vorschlag habe nach wie vor den großen Vorteil, daß er sofort durchführbar sei. Der französische Vorschlag sei für Deutschland unannehmbar.

Graf Schwerin von Krosigk nach London berufen

Berlin, 7. April. Die deutsche Delegation in London, die keinen Sachmann für den abgelaufenen Finanzauschuss der vier Mächte zur Verfügung hatte, hat um die Entsendung eines solchen gebeten. Ministerialdirektor Graf Schwerin v. Krosigk, der sich gegenwärtig in Badenweiler aufhält, wird sich sofort nach London begeben und dort im Laufe des Freitag eintreffen.

Scheringers Gespräche mit Hitler und Goebbels

Leipzig, 7. April. Nach der Mittagspause wurden zunächst die verschiedenen Richterversuche Scheringers besprochen, die der Angeklagte im Untersuchungsgefängnis Moabit unternommen hat. Während eines Strafurlaubes, der ihm zur Beseitigung mit dem Rektor der Universität in Berlin gewährt worden sei, habe er vergeblich Goebbels sprechen wollen. Dessen Sekretär habe ihm aber erklärt, die NSDAP. bleibe ihrem Ziele treu: Weltfrieden nach außen und Ordnung im Innern.

Dann sei es ihm aber doch gelungen, Goebbels zu sprechen, der im Begriff war, nach München zu fahren, und da sei er mitgefahren.

In der Nacht habe er dann eine längere Auseinandersetzung mit Goebbels gehabt. Auf die Frage nach der Zinsnachschuß habe Goebbels geantwortet, das Brechen der Zinsnachschuß sei festerer Natur. Es sei nicht leicht gewesen, auf die Hauptpunkte zu kommen, da Goebbels immer ausweichend sei. Dann seien sie auf den Punkt 19 des Programms zu sprechen gekommen, in dem die Verkaufsförderung aller bereits gesellschaftsrechtlichen Betriebe verlangt werde. Goebbels habe erwidert, man sozialisiere nicht, was sozialisiert werden könne, sondern man sozialisiere nur das, was sozialisiert werden müsse, die Eisenbahn und die Bergwerke. Damit sei das ganze nationalsozialistische Programm für ihn, Scheringer, auseinandergelassen.

In München habe er dann auch Hitler kurz sprechen können. Auf seine Frage, wie die Partei an die Nacht kommen wolle, habe Hitler geantwortet, sie werde den legalen Weg einschlagen und so an die Macht kommen.

Im übrigen habe ihm Hitler nur das Braune Haus geschildert. Nach Berlin zurückgekehrt, sei er mit Lenne zusammengekommen, aber auch dieser habe ihm keine befriedigenden Auskünfte gegeben. Darauf habe er sich an die Kommunisten gewandt und mit dem Abgeordneten

Stippenberger eine ausführliche Besprechung gehabt, in der keine Zweifel am Kommunismus vollends zerstreut worden seien.

Auf die Erklärung des Oberrechtsanwalts, daß schon in der Hebergabe seiner Heberverurteilung an den kommunistischen Abgeordneten eine fassbare Handlung zu erblicken sei, erwiderte Scheringer: „Ich stelle fest, daß ich also meine Gesinnung verlegen lassen soll. Dann mag man mich verurteilen. Aber es ist hiermit erwiesen, daß der Prozeß meiner Gesinnung gilt.“ — Oberrechtsanwalt: „Rein, sondern der Betreffende Ihrer Gesinnung.“ — Scheringer: „Ich habe meine Gesinnung nur bekanntgegeben.“ — Oberrechtsanwalt: „Wenn Ihre Gesinnung derartig ist, so ist Ihre Betanigung fassbar.“ — Dann hielt der Vorsitzende dem Angeklagten die Annahme vor, die nach seiner Meinung darin liege, daß Scheringer eine programmatisch zu nennende Broschüre unter dem Titel „Erwachen des Volk“ veröffentlicht habe, ohne vorher Volkswirtschaft und Staatswissenschaften studiert zu haben. Scheringer erwiderte: „Die Leute, die uns heute regieren, haben Staatswissenschaften ja auch nicht studiert. Wir leben ja angeblich in einer Demokratie, in der jeder seine Meinung zu diesen Dingen sagen darf, ohne sie studiert zu haben.“ — Der Vorsitzende hielt weiter dem Angeklagten vor, daß er in seiner Broschüre den höchsten Beamten des Reiches mit einer Handbewegung adieu und ihn „den Jesuiten Pränzipal“ nenne. Scheringer: „Das habe ich in einer demokratischen Zeitung gelesen.“ — Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Graf Zeppelin in Fernambuco gefandet. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 19 Uhr (M.C.T.) in Fernambuco vor Anker gegangen. Damit ist die zweite diesjährige Südamerikafahrt in der Rekordzeit von etwa 61 Stunden durchgeführt worden.

Kronzeuge Tardieu

Nach den deutschen Wahlen zur Reichspräsidentenwahl und zu den Länderparlamenten, die entscheidend für die Reichspolitik sein werden, werden im Mai die Wahlen für das französische Parlament stattfinden. Diese Wahlen werden für uns von kaum zu unterschätzender Tragweite sein. Nicht etwa, weil sie große Überraschungen bringen können, sondern weil erst nach ihrem Ablauf überhaupt damit zu rechnen ist, daß man in Frankreich in der Tribunafrage, wenn auch nicht gerade der Stimme der Vernunft, so doch den realen Tatsachen vielleicht für einige Zeit Rechnung tragen wird. Bis zu diesem Termin wird die französische Politik mit unerbittlicher Sturheit auf dem Standpunkte des unbedingten Festhaltens am Youngplan bestehen bleiben. Den Beweis dafür hat der letzte verabschiedete französische Haushaltsplan für das kommende Finanzjahr gebracht, in dem auf der Einnahmeseite sich die Tributzahlungen in voller Höhe finden, so als hätte es niemals eine Hooveraktion, niemals einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft infolge dieser unfruchtlichen Zahlungen und niemals Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands gegeben. Auch die französische Regierung hat auf Anfragen der Kammer zugaben müssen, daß der Eingang dieser Zahlungen kaum wahrscheinlich sei. Aber man will befürchten, daß man an dem „unerbittlichen“ Recht auf Tribute festhalte, auch wenn die reale Wirtschaft eine andere Sprache spricht. Mehr denn je muß jetzt die Pariser Regierung vor den Wählern sich als stark und unerschütterlich gegenüber dem deutschen Gegner beweisen. Auch nicht der Schein eines Verzichtes darf zum Ausdruck kommen. Vor einem entscheidenden Wahlsieg noch weniger als je.

Die Mehrheit Tardieus ringt um die Behauptung ihrer Macht. Ihr mächtigster Gegner ist die Linke, die ursprünglich gute Aussichten für den Wahlsieg hatte. Allerdings sind die Gründe mehr innen- als außenpolitisch. Ratur, Linke und Rechte sind in der alten Kammer fast gleich stark gewesen. Tardieus Mehrheit stützt sich nicht nur auf die Rechte, sondern auch auf eine große Zahl von Abgeordneten der Linken. Aber vergessen wir nicht, daß es gerade Politiker dieser Seite waren, die an den politischen als die schärfsten Gegner Deutschlands bekannt sind. Poincaré, Maginot, Painlevé, Clemenceau, Millerand und nicht zu vergessen Tardieu und Laval sind politisch keineswegs rechts orientiert und sind und waren doch die hervorstechendsten Vertreter der französischen Tribut- und Anhebungs politik gegen Deutschland. Ja, es war und bleibt der Ehrgeiz dieser Richtung, sich an Unnachgiebigkeit von keiner anderen politischen Gruppe übertreffen zu lassen. Auch die in Opposition zur Regierung stehenden Linkspar teien weitestgehend in dieser Hinsicht erfolgreich mit der Mehrheit. Sogar die französischen Sozialisten halten Tribute für notwendig, und es berührt eigenartig, wenn die französische Section der 2. Internationale, unter der auch die deutsche Sozialdemokratie das Menschenrecht erkämpfen will, ausdrücklich betont, sie trete für Tribute deshalb ein, weil sonst die deutsche Konkurrenz die französischen Arbeiter bedrohe. Der Vorwurf, den Tardieu seinen Sozialisten macht, sie seien für den Internationalismus und gäben die Rechte Frankreichs preis, ist also wirklich nur für den Hausgebrauch bestimmt. Eine Hoffnung bietet die französische Sozialdemokratie ebensowenig, wie in der Zeit der Friedensverhandlungen die belgische Sozialdemokratie, deren Führer Vandervelde als Vertreter der brutalen Siegerwillkür seinerzeit das Verfallene Diktat unterschrieben hatte. Heute ist dieser Mann, ohne daß ihm diese Unter schrift bis jetzt ein Wort des Bedauerns abgenötigt hätte, Vorsitzender der 2. Internationale, und die deutsche Sozialdemokratie nimmt von ihm mit Stolz Belobigungen für ihr „tapferes Verhalten“ im Kampf gegen ihre eigenen Volksgenossen entgegen, die es nach dreizehnjähriger Ausbeutung satt haben, die Rolle eines europäischen Sklaven volkes zu spielen.

Die Rahmworter, die Tardieu an seine Sozialdemokratie gerichtet hat, werden ihren Eindruck nicht verfehlen, und auch die französischen Genossen werden ihren Wahlskampf außenpolitisch gegen Deutschland führen. Der deutsche Nationalismus wird dafür Stoff in Hülle und Fülle bieten, und diesmal wird sich wiederum offenbaren, daß es kein Volk gibt, dessen menschliche Eigenschaften den Franzosen unbekannter sind, als gerade das deutsche. Um so leichter fällt es der Nation, unsere nationale Bewegung, die sich auf der Forderung nach Gerechtigkeit für unser Volk auf

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 13 und 14